

# Erinnern, Verstehen und Handeln

Günter Saathoff,

Vorstand der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ)

## Rede zur Eröffnung der Ausstellung

„Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“

am 18. März 2012, LWL-Industriemuseum Zeche Zollern, Dortmund

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich seitens unserer Stiftung zur Eröffnung der Ausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“ auf der Zeche Zollern in Dortmund. Nach Museumsstationen in Berlin und Moskau wird die Ausstellung erstmals an einem authentischen Ort der Zwangsarbeit gezeigt. Auf der Zeche Zollern waren Zwangsarbeiter aus mehreren besetzten Ländern Europas beschäftigt.

Die Zeche Zollern steht exemplarisch für die vielen Bergwerke vom Ruhrgebiet bis Oberschlesien, in denen Steinkohle, Erze oder andere Rohstoffe abgebaut wurden, die Arbeit also besonders schwer war.

Hier waren Zwangsarbeiter aus sechs Nationen eingesetzt. Was bedeutete es, Zwangsarbeiter im Bergbau zu sein? Das wissen Sie durch Ihre Regionalforschung *im Detail* alles viel besser als ich. *Im Allgemeinen* bedeutete es – vor allem für die sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen – nicht nur Arbeit, sondern Hunger und Gewalt. Hunger, weil die Normen für die Verpflegung russischen Vorgaben folgten, und die waren für die hier eingesetzten Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion am niedrigsten. Gewalt, weil deutsche Kollegen und Vorgesetzte zu körperlichen Züchtigungen befugt waren. So wurde die ohnehin schon schwere Arbeit für die Entkräfteten zur Qual. Wer nicht mehr konnte, wurde aussortiert und in Lager jenseits der Zeche überstellt. Für Polen galten zudem die diskriminierenden „Polen-erlasse“, die ihre Rechte extrem einschränkten.

Vielleicht ist es deshalb auch kein Zufall, dass die Ausstellungsstation Dortmund zeitlich „auf halber Strecke“ zwischen Moskau und Warschau liegt: in Moskau war sie vorher, nach Warschau geht sie danach.

Alle Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime waren von Terror bedroht, der oft bei nur geringsten Abweichungen angewandt wurde. Hinzu kamen fehlender Arbeitsschutz, Krankheiten aufgrund schlechter hygienischer Bedingungen und später Bombardements. Dieses galt auch für die Zwangsarbeiter aus den westeuropäischen Ländern.

Die Ausstellung wurde von den Ausstellungsmachern und den hiesigen Partnern in Dortmund, wo sie bis zum 30. September zu sehen sein wird, um das Thema „Zwangsarbeit im Bergbau“ erweitert. Dass die Schau nun im Westen Deutschlands zu sehen ist, nicht weit von den Niederlanden, Frankreich und Belgien, gibt nicht nur den Bewohnern Dortmunds und der Region, sondern vielleicht auch ehemaligen Zwangsarbeitern und ihren Nachkommen aus den Nachbarländern die Möglichkeit, sie zu besuchen. Denn neben der historischen Aufklärung verfolgt diese Ausstellung erkennbar ein wichtiges Ziel, das uns auch als Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ besonders am Herzen liegt: an die Menschen zu erinnern und sie zu würdigen, die ihre Heimat, Freiheit, Jugend und Gesundheit einbüßten, mitunter bis heute geplagt von quälenden Erinnerungen.

Noch vor wenigen Jahren, bis zum Jahr 2000, galt die Zwangsarbeit gar nicht als spezifisches NS-Unrecht. Offiziell wurde sie jahrzehntelang und verharmlosend als „übliche Begleitscheinung von Krieg und Besatzungsherrschaft“ bezeichnet, eine Sichtweise, die uns heute empört und die offiziell erst mit dem Erlass unseres EVZ-Stiftungsgesetzes durch Bundestag und Bundesrat überwunden wurde. Aber aus der Rückschau muss wohl man sagen, dass viele Deutsche sie wohl während der NS-Zeit als „normal“ empfanden. Sie hatten dabei kein Unrechtsbewusstsein und leugneten auch im Nachhinein, dass es sich um ein kolossales Verbrechen gehandelt hatte. Und andere gaben später an, von alledem nichts gewusst zu haben. Anders als bei den Vernichtungslagern und KZs im Osten, in denen Juden, Sinti und Roma und auch viele Slawen umkamen, geschah das Unrecht der Zwangsarbeit in vielen Ausprägungen aber vor aller Augen. Menschen aus ganz Europa wurden deportiert und in deutschen Betrieben eingesetzt; ihr Leben galt oftmals nur so viel, wie Nutzen für die deutsche Kriegswirtschaft daraus zu ziehen war.

Schließlich wurde Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess zum Tode verurteilt. Die von ihm verantwortete Zwangsarbeit wurde als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geächtet. Aber das blieb für die Nachkriegszeit in Deutschland weitgehend folgenlos. Auch das zeigt diese Ausstellung.

Die NS-Zwangsarbeit hat die Lebenswege von Millionen Menschen geprägt - als Erniedrigung, als Verlusterfahrung, als Ausgrenzung aus einer Gesellschaft, die ihnen nur mindere Rechte zubilligte oder sie gar als minderwertig ansah. Damit war die NS-Zwangsarbeit Wesenselement eines übergeordneten rassistisch motivierten Systems und für die Deportierten eine millionenfache transnationale Erfahrung von Unrecht. Sie reichte als Spektrum des Einsatzes in der Hauswirtschaft über die Landwirtschaft, den öffentlichen Bereich und die Industrie bis hin zur Sklavenarbeit in KZs und Vernichtung durch Arbeit. Und so pervers uns das heute erscheinen mag: für Juden wie für sowjetische Kriegsgefangene war die Zwangsarbeit zugleich manchmal einzige Überlebenschance, deren Alternative oder deren späteres Schicksal die Vernichtung war, für Juden, Sinti und Roma somit der Holocaust.

Die Zwangsarbeit als systematisches Unrecht deutlich zu machen, den sich stetig selbst radikalisierenden Prozess der Ausgrenzung von Minderheiten und „Andersartigen“, an dem sich die Mehrheitsbevölkerung beteiligte, in Bilder und Alltagsgeschichten einzufangen und zugleich die Perspektive derjenigen aufzuzeigen, die es erlitten haben, dafür danke ich den Kuratoren und Machern der Ausstellung sehr. Sie haben diese wichtigen Erkenntnisse damit auch für ein breites Publikum, nicht nur für die Wissenschaft, zugänglich gemacht.

Unsere Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hat diese Ausstellung nicht selbst erstellt. Wir haben sie, nachdem wir unseren gesetzlichen Auftrag einer symbolischen Entschädigung für die Opfer erfüllt hatten, initiiert und ihre Erstellung wie ihre weitere Wanderschaft finanziell ermöglicht. Die Verantwortung für den Inhalt und die Konzeption der Ausstellung – wie hier ergänzt um den Beitrag der örtlichen Partner - liegt allein bei der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, die dafür internationalen wissenschaftlichen Sachverstand mobilisiert hat. Für diese werden Sie, Herr Prof. Knigge, gleich sprechen. In diesem Sinne sind unsere beiden Stiftungen *die genuinen und dauerhaften Partner* dieser internationalen Wanderausstellung.

Aber ohne das Engagement – auch ein finanzielles - aus Dortmund, vom Landschaftsverband und von der Kulturstiftung wäre die Ausstellung nicht hier. Mein Dank gilt deshalb Herrn Direktor Zache, Frau Dr. Gilhaus und all Ihren Kolleginnen und Kollegen, die die Ausstellung nach Dortmund holten. Und sie gilt Ihnen, Herr Oberbürgermeister Sierau, für die offenkundige politische Unterstützung dieses Projekts.

Dass Sie, Herr Staatssekretär Prof. Dr. Schäfer und Herr Gebhard, heute hier sprechen, zeigt uns die hohe Wertschätzung, die das Land Nordrhein-Westfalen und die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe der Ausstellung und ihrem Anliegen entgegenbringen.

Auch Herrn Dr. Mühlhofer, der als Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache ein umfangreiches Begleitprogramm zur Ausstellung organisiert hat, möchte ich danken. Mit diesem Programm lenken Sie die Aufmerksamkeit der Besucher auf zentrale Aspekte der NS-Zwangsarbeit und befragen das Thema zugleich nach seiner Relevanz für uns heute.

Es berührt mich sehr zu sehen, wie viele unglaublich engagierte Menschen zusammengewirkt haben, um all das zu bewerkstelligen. Ich nehme das als ein Zeichen dafür, dass unsere Gesellschaft gereift ist – gereift, sich auch schmerzlichen Fragen der Vergangenheit zu stellen, statt diesen aus dem Weg zu gehen, wie es jahrzehntlang der Fall war. Diesen Dank für ihr Engagement möchte ich auch unseren eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen.

Bereits während der Auszahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter zwischen 2001 und 2007 haben wir zunehmend die Erfahrung gemacht, dass die Arbeit der Stiftung EVZ von lokalen Initiativen, Vereinen und Kommunen begleitet wurde, die eigene Forschungen, eigene Begegnungsprogramme und sogar eigene Auszahlungsprojekte durchführten. Dies zeigt zugleich: Erinnerung an Unrecht ist nicht etwas, das man an eine einzelne Institution delegieren kann, die dafür zuständig ist wie unsere Stiftung, sondern sie sollte zum Gemeingut unserer politischen Kultur werden.

Wir brauchen solches Engagement, und wir brauchen es auch noch *in einem weiteren Sinne* gerade in Dortmund. Deshalb habe ich dem angekündigten Titel meiner Rede, „Erinnern und Verstehen“, eine dritte Dimension hinzugefügt: Handeln. Hier in Dortmund gibt es eine besonders gewaltbereite rechtsradikale Szene, die nicht nur mit Aufmärschen, sondern auch mit brutaler Gewalt immer wieder von sich reden macht. Am 4. April 2006 wurde in Dortmund der Laden-Besitzer Mehmet Kubaşık ermordet. Im November 2011 verabschiedete der Dortmunder Stadtrat nun einen „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“. Er enthält zahlreiche konkrete Vorschläge, und ich wünsche Ihnen sehr, dass Sie das auch wirklich umsetzen können und damit Erfolg haben werden.

Wir müssen heute handeln, wenn es um die Bedrohung von Leben und Freiheit geht. Um die Grundrechte Anderer zu achten, brauchen wir sogar kein *umfassendes* Geschichtswissen. Wir brauchen vor allem menschlichen Anstand, eine Überzeugung von Recht und Unrecht, Zivilcourage statt Weggucken sowie das menschenrechtliche Bekenntnis zur Gleichheit. Rassismus und Ausgrenzung dürfen nicht wieder Platz greifen oder verharmlost werden. Dafür sind wir alle verantwortlich.

Dennoch betreiben wir weiterhin auch historische Bildung wie z.B. mit dieser Ausstellung – wozu? Einerseits sagt es viel über die Kultur einer Gesellschaft aus, wenn sie Scham entwickelt für vergangenes und begangenes Unrecht und dessen Opfer nachträglich würdigt. Ler-

nen kann man aus der Geschichte der Zwangsarbeit auch, wie Systeme funktionieren, wie Bevölkerungen von Ideologen mitgerissen werden können und wie sich diese Systeme zur Unmenschlichkeit radikalieren. Damit kann historische Bildung – und damit meine ich mehr als bloßes Faktenwissen – durchaus für heutige Gefährdungen sensibilisieren.

Zum anderen ziehen wir gerade aus der Beurteilung der Vergangenheit, daraus, was als Recht oder Unrecht galt, Maßstäbe für unser heutiges Wertesystem und Handeln.

Einer, der für all dieses Lernen aus der Geschichte steht, ist Marian Turski. Er überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald - und wurde Historiker. Bis heute setzt er sich nicht nur für das Erinnern ein, sondern dafür, eine Haltung zu vermitteln, die uns befähigt, erneute Unmenschlichkeit nicht zuzulassen. Ich freue mich, dass auch Sie heute, stellvertretend für viele NS-Opfer, zu uns sprechen werden.

Die nationalsozialistische Zwangsarbeit führt zunächst uns Deutsche mit dieser Ausstellung unsere Vergangenheit vor Augen, der wir uns immer stellen müssen. Ich möchte zum Abschluss einen Blick darüber hinaus wagen: die Zwangsarbeit betraf Millionen Menschen aus ganz Europa. Diese Länder haben eine eigene Perspektive auf dieses Unrecht. Und es gehört zu der Lebenserfahrung vieler in Osteuropa, dass sie nach ihrer Rückkehr nicht mit offenen Armen, als Opfer eines Regimes, empfangen wurden, sondern unter dem Stalinismus oftmals als „Vaterlandsverräter“ erneuten Demütigungen ausgesetzt waren.

Die Aufarbeitung dieses Unrechts aus den verschiedenen Perspektiven ist schwierig, aber zugleich nötig. Deshalb wird diese Ausstellung auch in mittel- und osteuropäischen Ländern gezeigt und wird auch dort zur Diskussion herausfordern. Die Aufarbeitung dieser Zwangsarbeit sollte Bestandteil einer gesamteuropäischen Erinnerung an NS-Verbrechen und den Zweiten Weltkrieg werden. Die Ausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“ will mit ihren Ausstellungsstationen in Deutschland und in anderen Ländern Europas dazu einen signifikanten Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.